



Protokollauszug

aus der
28. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen
vom 19.10.2022

öffentlich

Top 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Herr Exner erläutert anhand einer Präsentation (Anlage) die derzeitige Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam und führt in Ergänzung aus, dass die Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2023/2024 frühestens im Februar 2023 insbesondere durch die bekannten Unwägbarkeiten erfolgen könne.

In der anschließenden Diskussion werden folgende Fragen formuliert. Herr Exner und Herr Richter (WL KIS) nehmen Stellung bzw. beantworten diese.

Herr Anger schlägt die Aufstellung eines Einzelhaushaltes 2023 vor.

Herr Dörschel erkundigt sich nach den Laufzeiten der Verträge mit der EWP.

Herr Kirsch bittet um Information betr. der Prozentzahl – Verbrauch Energie 2021.

Herr Wobeto unterstützt den Vorschlag von Herrn Anger und erkundigt sich nach der aktuellen Steuerschätzung.



Finanzausschuss

19. Oktober 2022



TOP 3 – Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Ergebnishaushalt: Allgemeine Zuweisungen im Jahr 2022



Landeshauptstadt
Potsdam

Zuweisungen von Bund und Land	Plan 2022	Ergebnis zum 30.09.2022	Prognose zum 31.12.2022	Differenz Prognose-Plan
Schlüsselzuweisungen vom Land	156.196.500	159.118.848	159.118.848	2.922.348
Familienleistungsausgleich	9.440.500	9.659.439	9.659.439	218.939
Zuweisung als Ausgleich übertragener Aufgaben	12.908.700	12.767.025	12.767.025	-141.675
Schullastenausgleich	7.981.100	8.100.222	8.100.222	119.122
Leistungen 4. Gesetz für mod. Dienstleistungen	5.166.000	5.014.412	5.014.412	-151.588
Leistungen Sonderbedarf § 15 FAG	9.982.800	9.689.860	9.689.860	-292.940
Jugendhilfelastenausgleich	1.300.000	1.249.600	1.249.600	-50.400
Ausgleich Steuermindereinnahmen Corona	2.826.400	0	0	-2.826.400
Summe (EUR)	205.802.000	205.599.406	205.599.406	-202.594

keine Veränderung gegenüber der Prognose zum letzten Finanzausschuss am 22.06.2022

Ergebnishaushalt: Steueraufkommen 2022 (in EUR)



Landeshauptstadt
Potsdam

Monatsvergleich der wichtigsten Erträge u. Aufwendungen	Plan 2022	Ergebnis zum 30.09.2022	Differenz Ergebnis-Plan	Prognose zum 31.12.2022	Differenz Prognose-Plan
Grundsteuer	23.826.000	23.125.534	-700.466	23.826.000	0
Gewerbesteuer (brutto)	111.500.000	91.226.754	-20.273.246	111.500.000	0
Gewerbesteuerumlage*	-8.440.000	*-7.017.443	1.422.557	-8.440.000	0
Gewerbesteuer (netto)	103.060.000	84.209.312	-18.850.688	103.060.000	0
Einkommensteuer**	89.000.000	46.898.854	-42.101.146	89.000.000	0
Umsatzsteuer**	17.300.000	9.007.160	-8.292.840	17.300.000	0
sonstige Steuern	3.156.000	3.032.553	-123.447	3.156.000	0
Erstattungszinsen	-965.000	-70.025	894.976	-965.000	0
Nachzahlungszinsen	1.500.000	158.786	-1.341.215	1.500.000	0
Spielbankabgabe	240.000	117.829	-122.171	240.000	0
Verspätungszuschläge	5.000	41.220	36.220	41.220	36.220
Summe (EUR)	237.122.000	166.521.223	-70.600.777	237.158.220	36.220

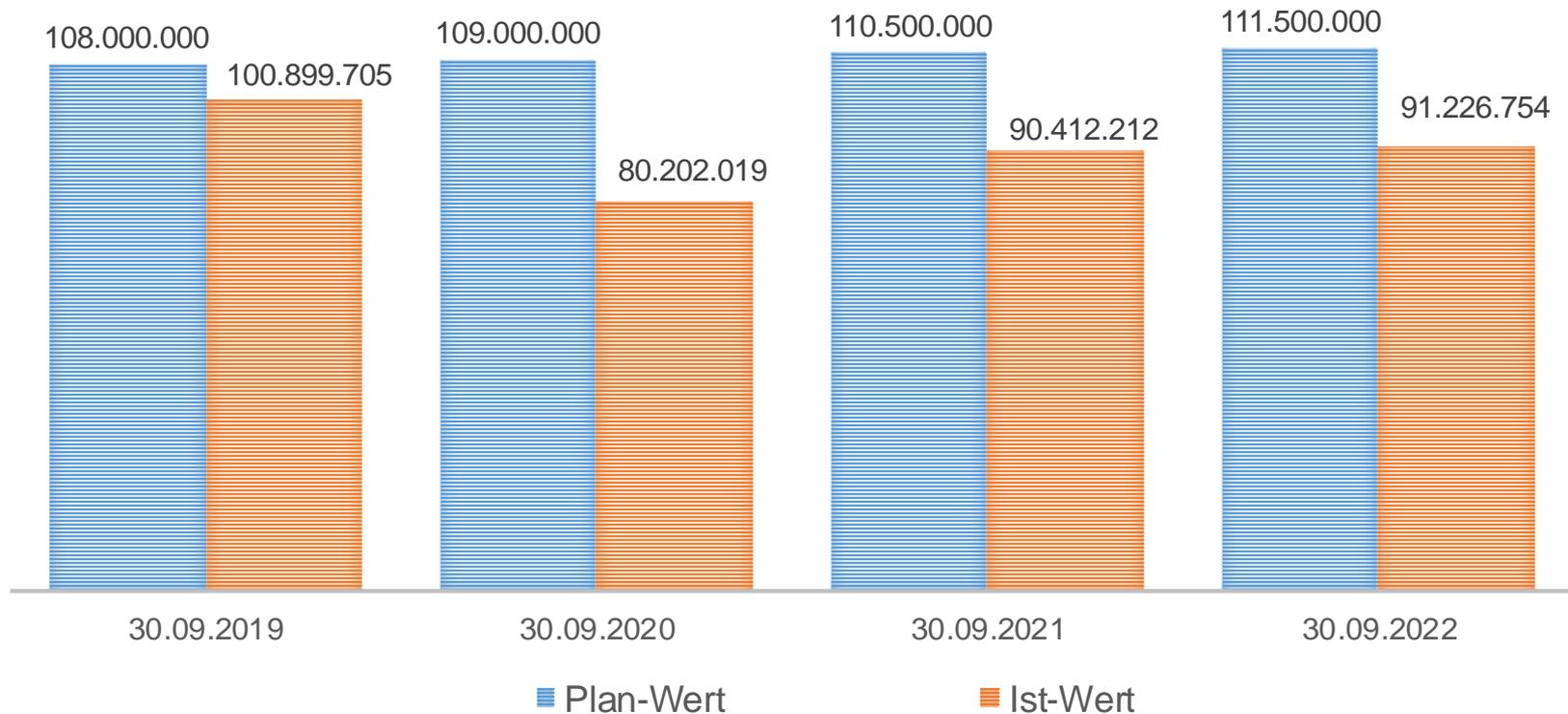
* Rechnerische Ermittlung mit Stand 30.09.2022

** Stand: Mitteilung über Abschläge für das I. und II. Quartal (zuletzt gemäß Mitteilung vom 07. und 22.07.2022)

Entwicklung des Gewerbesteuerertrags im Vergleich zu den Planwerten – jeweils zum 30. September



Gewerbesteuerertrag (brutto, in EUR)*



* Produkt 6110200.4013100 in EUR (Brutto = ohne Berücksichtigung der Gewerbesteuerumlage)

- Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung schwierig (Inflation/Rezession)
 - Auswirkungen und Folgen auf Wirtschaft unklar
- Prognose Kommunalhaushalte (Mai): **dauerhaft nicht gedeckte Unterfinanzierung der kommunalen Ebene („Realverlust“)**

In Mrd. €	2020	2021	2022	2023	2025	2026
Finanzierungssaldo*	2,74	3,04	-5,8	-5,3	-3,9	-2,4

Drei wesentliche Gründe:

- Ausbleibender Steueranstieg auf kommunaler Ebene
- Zuweisungen steigen unterhalb der Sozialmehrausgaben
- Als Folge der Energiekrise mehr Empfänger von sozialen Hilfen

* in den deutschen Flächenländern

1) Für die Jahre 2022 bis 2025 Schätzung auf Basis einer gemeinsamen Umfrage der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände und der Steuerschätzung von Mai 2022 sowie Daten aus dem Arbeitskreis Stabilitätsrat. Differenzen in den Summen durch Rundungen möglich.

2) Ohne besondere Finanzierungsvorgänge (insbesondere Schuldenaufnahmen u. -tilgungen, Rücklagenentnahmen u. -zuführungen, Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren), ohne kommunale Krankenhäuser.

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände



Ergebnis einer Schnellabfrage des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg*:

- Fast die Hälfte gab an, dass das Erreichen des gesetzlichen Haushaltsausgleiches für das kommende Jahr gefährdet sei
- Fast 60 % gaben an, dass ihre Investitionsvorhaben auf Grund der Energiekrise gefährdet seien
- wesentliche Gründe:
 - Mehraufwendungen für Strom sowie Heizung und Wärme für kommunale Einrichtungen
 - mehr als die Hälfte der Kommunen geht gegenüber dem Vorjahr von 50% und mehr aus
 - Zusätzliche Zuschüsse an kommunale Unternehmen (z.B. städtische Kliniken, ÖPNV)

* durchgeführt Anfang September 2022, veröffentlicht im Rundschreiben 347/2022 (vom 17.10.2022)

**Vielen Dank
für Ihre
Aufmerksamkeit.**